

gedet. Das Angehörigen-Beziehungsrecht empfinden wir als Unmöglichkeit und finden dabei jetzt überaus bedauerliche Unterlassung beim Bestreben, die Soldaten der Besatzung nach Möglichkeit Gebrauch zu lassen. Wir haben deshalb Vorschlag gemacht, worin dem völlig unbefriedigten Vater Eider die Befreiung zum Einjährigen-Dienst entzogen wurde. Als Grund wurde angegeben, daß er wegen agitatorischer Betätigung für die sozialdemokratische Partei die nötige moralische Gewährleistung nicht zu geben vermag. Wir haben dem Vorschlag zugestimmt, aber (Schrift führt bei den Ges.) in einem persönlichen am gerichteten Brief hat mir der Kriegsminister das noch mal mitgeteilt. Ich empfinde diesen Brief als eine unerhörte Beleidigung und tief bezeichnende Beschränkung, obwohl ich weiß, daß der Kriegsminister darüber nicht nachdenken wird gegenüber dem Vater. Ich habe nun Brief von meinen Kindern verfaßt, weil ich mich nicht vor ihnen schämen möchte, daß ich als Sozialdemokrat als moralisch minderwertig hingestellt werde. Wir weisen es mit Empörung zurück, als minderwertig betrachtet zu werden. Wir können Sie uns irgendeinmal Tag gegen die Moral der Kultur und des Vaterlandes. Wir können Sie uns nach, wo viel geschickter vorgegangen sind. Die Stimmgebung und Entzogen wurden, ist es durch Bürgerliche geschehen. Es ist unser Recht, im Rahmen des Gesetzes für eine andere Staatsordnung einzutreten. Den persönlichen Auftrag geben den Anwesenden überlassen, über den Konventionen. Wir haben uns entschieden nur den Entwurf, als mit einer anderen Form des Gesetzes schaffen wollen. Was den Schutzbefehl und Obsequenz recht war, das ist uns billig. Wir bekämpfen die Veresverwaltung, weil wir für ein Volksteher in unserem Sinne eintreten. Wenn wir als minderwertig nicht zum Heeresdienst tauglich sind, dann soll man das konsequent sein und alle Sozialdemokraten aus dem Heere ausschließen. Das wollen Sie freilich nicht weil Sie sonst ein Drittel der Soldaten verlieren würden. (Widerspruch des Abg. Erzberger.) Wie muß es die Siebe zum Vaterland anzuwenden, wenn man ein Drittel des Heeres als moralisch minderwertig bezeichnet. Wir können das folgende Heer als ein Instrument der Revolution herbeiführen und werden darin nicht erlahmen. (Beifall der Ges.)

Abg. Erzberger (Zentr.)

Das deutsche Heer ist ein Machtmittel zur Aufrechterhaltung des Reichs, zur Sicherung des Weltfriedens und zum Schutz der inneren Güter des deutschen Volkes. Es ist nicht gegen das Volk gerichtet, sondern eine notwendige Organisation für die Gesamtheit unseres Volkes. Den Nutzen davon haben auch die Sozialdemokraten, ohne daß sie freilich Mittel dazu besitzen. Ein Soldat kann mit einem Mitbürger nicht besprechen und seine Aufgaben nicht erfüllen. Dieses Mitbürger ist ein Soldat, was nicht in den harten Kampf der Dinge paßt. Die große Wehrvorlage des vorigen Jahres war dringend notwendig. Wir weisen es zurück, daß das Sprechen von der Kriegsvorlage damals nur eine die Schamlosigkeit gewöhnlich war. (Beifall der Ges.) Die Vorlage ist nicht gerichtet, als es berechtigt diese großen Reize zu nehmen. Und in welcher kurzen Zeit ist dieses Gelingen erst durchgeführt worden!

Mit Stolz und Freude hat es die deutsche Nation und mit Achtung das Ausland, daß die neue Organisation bereits am 1. Oktober durchgeführt ist. (Beifall der Ges.) Das soll man sich erst nachmalen! (Unruhe bei den Ges.) Ja Sie, ja Sie, ja Sie, können uns ja nach diesen langen Jahren nicht einmal den Grundriss Ihres Zukunftsplanes vorlesen. (Große Heiterkeit.) Die Revolution, die wir befechtigen, lassen sich nicht immer gleich durchführen. Wenn davon fällt auf den ersten Schritt. Und man darf haben wir noch erreicht und das deutsche Volk weiß, seine Reichstagsarbeit ist nicht beendet. (Beifall der Ges.) Der dritte Teil unserer Soldaten Sozialdemokraten sind. Das sind nicht die meisten Soldaten und die werden Sozialdemokraten höchstens erst später durch den Fäulnisprozess. (Sehr gut recht u. in der Mitte, Unruhe bei den Ges.) Die Fäulnisse von den Fäulnissen müssen die erste Aufwertarbeit des Kriegsministers sein. (Beifall der Ges.) Das ist nicht immer nicht gut gemeint. Der Kaiserhof ist jetzt kein Hof mehr, aber was in letzter Zeit bekannt wurde, muß doch bezeichnend stimmen. Ein ernstliches Unteroffizierswesen müssen wir haben, so daß die Verbindungen mit der Zeit reiflos verwinden.

Die Verbesserung der Unteroffiziersstellung muß fortgesetzt werden. Die Unteroffiziers stellen einen Stützpunkt in der Armee erhalten. Der Kompaniechef muß auch erzieherisch auf die Unteroffiziere einwirken. Es ist erfreulich, daß die Zahl der Heffellen in Offizierskorps immer mehr abnimmt. Wenn der Kriegsminister auf der Straße die Maßnahmen zur Vermeidung des Duellzwangs fordert, dann wird auch der kaiserliche Hof nicht mehr Offizierskorporationen stellen. (Sehr richtig im Zentr.) Ausfall ist der Mangel an Soldatenoffizieren. Sie müssen besser gelehrt werden. Politik im Heere wollen wir unter keinen Umständen haben. Politisierende Offizierskorps sind ein Fluch für jede Nation! (Sehr richtig im Zentr.) Der Kriegsminister muß daher auch an der Verdrängung des Heffellen durch die Heffellen, wozu Offiziere nicht in politische Verhältnisse gehen dürfen. (Beifall der Ges.) Das ist der General a. D. Demling mit allen seinen Offizieren, die einer Verarmung des Heeres dienen. (Sehr richtig im Zentr.) Die politisierenden Generale sollten lieber die Finger von diesem Handwerk lassen. Dieses Amt ist ganz nahe ans Gemeingefährliche. (Sehr richtig im Zentr.)

Es richtet sich von selbst, wenn General Keim den bayerischen Ministerpräsidenten in einer so böshafenen Weise angegriffen hat. General Keim hat wohl geträumt, wenn er sich den Vater der Wehrvorlage nannte. Das Presseferat bei dem Kriegsministerium darf keinesfalls parteipolitisch tätig sein oder in die Politik eingreifen. Im übrigen sind wir mit dem Reichsverband der deutschen Presse ganz einig, wenn er den Wert einer solchen Einrichtung betont. (Sehr wahr!) Die Wehrvorlage hat neuen Beizel vor dem deutschen Namen hervorgerufen und den Weltfrieden gefährdet. (Beifall.)

Abg. Kaisermann (Natl.)

Die Wehrvorlage war eine Notwendigkeit im Interesse des Friedens. Denn die internationalen Spannungen halten an. Wenn wir nicht gerüstet wären, würden wir bald als Opfer gezwungen oder dritten Manges begeben. Man kann es den Offizieren a. D. nicht verdenken, wenn sie noch feilsch und eifrig für das Heer kämpfen. Es ist ja ganz selbstverständlich, daß die Parteien sind und patriotisch leben. (Beifall der Ges.) Es ist erfreulich, daß die Zahl der Heffellen im Offizierskorps abnimmt. Die Zukunft der Unteroffiziere muß noch mehr gefördert werden. Die aus Anlaß des Näheren Falles erfolgte Ausweitung der Vorschriften über das Einziehen des Militärs bringt einen großen Nutzen. Die Soldatenverbindungen sind sehr nützlich und absehbare. Das macht im Auslande einen guten Eindruck. Diese Verbindungen sind aber kein Ersatz für die Militarismus. Da liegt wohl eine Art Sozialismus vor, diese Art a. D. Quälen. Diese Leute müssen so bald wie möglich von dem Heere entfernt werden. Das wird nicht schwer sein, denn die Soldaten lernen ihre Feinde.

Das kommt die brutale Art mancher alten Leute, die erobert sind, wenn einige Betrüben nicht mitkommen und wenn sie darunter leiden müssen. In der Frage des Presseferats müssen wir zu einer Verständigung kommen. (Sehr richtig!) Es gibt doch zu denken, wie die Presse alle Parteien sich einmündig für diese Einrichtung ausspricht. Die Ausnahmestelle für verabschiedete Offiziere kann sehr nützlich sein. Das Kriegsministerium ist an Haupt und Gliedern erneuert worden. Aber eine Reorganisation muß so ausgearbeitet werden, daß sie in der Lage ist, die

Reihe heere der Reusset zu verbergen. Mit Jungenden Soldaten kann man keine Soldaten schlagen. Die Stellung der Reusseter ist noch zu wünschen übrig. Denken erkennen wir den freischen, energischen Geist des Offizierskorps an, der unterdessen an die schwierigsten neuen Aufgaben herangereitet ist. Im deutschen Volk weiß man, daß die Wehrvorlage notwendig war. Wir hoffen mit ihr das richtige getroffen im Interesse des Weltfriedens. (Beifall.)

Abg. Dombek (Zentr.)

Besonders die polnischen Reusseten haben unter Verbindungen zu leben. Sie werden wegen ihrer Nationalität schlechter behandelt als die anderen. Es ist eine Ungerechtheit, daß bei der Sechstage für die polnischen Reusseten der Gebrauch der polnischen Sprache verboten ist. Die Militärverwaltung sollte abtun von den Kreisen des Offizierskorps, die durch Strafpole Agitation die Bevölkerung in nur Ruhe können lassen. Ein Soldat ist nicht als Freiwilliger eingestellt worden, weil er, wie es in dem Schreiben des Kommandanten heißt, „den polnischen Reusseten angehört“. Die Konsequenz wäre die, daß man polnische Soldaten überhaupt nicht mehr einstellt. Die kaiserliche Hehe schlägt nur um zum Guten aus.

Ein Verzoigungsantrag wird angenommen.
Mittwoch 2 Uhr: Beilerberatung
Schluß 6 1/2 Uhr.

Mb. Preussischer Landtag.

Abg. Dombek (Zentr.)

Die Sitzung von 5. Mai.
Am Ministertisch: von Krotz u. Solz.
Präsident Graf von Schwerin-Weich eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr.
Auf der Tagesordnung liegt zunächst die zweite und dritte Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend:

Die Erweiterung des Stadtkreises Köln

und die Organisation der Amtsgerichte Köln und Mülheim a. Rh. Der Berichterstatter Abg. Werter (Freik.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission und teilt mit, daß die Kommission die Vorlage mit der Genehmigung des Stadtkreises Mülheim und der Landgemeinde Werheim in Köln unabweisbar genehmigt habe.

Abg. Dr. v. Brüning (Konf.)

erklärt, daß seine Freunde Bedenken gegen die Vorlage hätten und gegen die Gemeinverteilung des Landkreises Werheim seien, da die Gemeinverteilung Landgemeinden erhalten, die nicht wüßten. Im einzelnen heißt der Redner unerschrocken.

Abg. Frank (Zentr.)

Reine Entwidlung ist lange durch den Bestimmungskarakter hinterzogen worden, deshalb entstanden die Vorzerte. Im der Stadt die weitere Möglichkeit der Entwidlung zu bieten, muß die Eingemeindung vorgenommen werden.

Abg. Jansenleber (Natl.)

Wir sind für die Eingemeindung. Die Reusseten der Eingemeindung kann für die Stadt bei ihrer guten Verwaltung leisten. Gerade Parteifreunde der Konfessionen in Werheim und Mülheim sind sich einig für die Eingemeindung ausgesprochen. Auch der Provinziallandtag hat sich dafür ausgesprochen. Die Organe der Reusseten und Mülheim haben erkannt, daß Köln Wer der richtige ist. Wenn von konfessioneller Seite heute gesagt worden ist, die Städte würden immer mehr und bilden einen Staat im Staat, sie mit ihrer geringen Wirtschaft könnten und würden wirtschaftlich die kleineren Gemeinden an die Hand drücken, so ist das nur ein unwiderleglicher Selbstmord. Das Wachstum der deutschen Städte ist eben eine Folge der geringen wirtschaftlichen Entwidlung des Deutschen Reiches.

Abg. Werter (Freik.)

Wir werden, das kann ich namens meiner Freunde erklären, für die Eingemeindung stimmen.

Gesamt 2. Gegen:

Wenn jemals eine Eingemeindung notwendig war, so ist es hier der Fall. Es wird die Bevölkerung außerordentlich vereinigen. Wenn der Abg. von Brüning sagt, daß die eingemeindeten Orte wäre die Eingemeindung ein Schwere auf uns, so ist der Sprechende, daß sie schwere Lasten los werden. In Köln herrscht die Meinung vor, die Regierung habe es bisher an Wohlwollen der Stadt gegenüber fehlen lassen. Die jetzige Vorlage beweist das Gegenteil.

Abg. Dr. Becker-Gölln (Zentr.)

Mülheim hat mit allen gegen drei Stimmen die Eingemeindung beschlossen.

Die Vorlage wird in zweiter und ohne Widerspruch in dritter Beratung angenommen.
Es folgt die erste Beratung des Entwurfs zur Ergänzung des Gesetzes vom 2. März 1892 über die

Verordnung von Rentenbanken.

Abg. Weisner (Konf.)

Das Gesetz will die Regierung ermächtigen, eine örtliche und persönliche Verbindung von Rentenbankdirektionen vorzunehmen. Das Gesetz von 1890 verlangt für jede Provinz eine eigene Rentenbank. Dieser Grundgedanke ist schon infolge durchbrochen, als bei der Zerlegung der Provinz Preußen die gemeinsame Rentenbank bestehen blieb. Das Gesetz bezweckt die Möglichkeit einer Zusammenlegung der Rentenbanken in Preußen und Posen, deren Geschäftsfähigkeit zurück gegangen sind, daß es nicht mehr notwendig ist, sie an verschiedene Orten mit getrennten Beamtenkörpern bestehen zu lassen. Die Verbindung erscheint uns stichhaltig. Eine Geldvermehrung für das Publikum tritt nicht ein. Eine Kammerabschwächung halten wir nicht für nötig; sollte sie aber gewünscht werden, so empfehlen wir sie der Agrarkommission zu überweisen.

Abg. Dr. Schröder-Rapfel (Natl.)

Im Gegensatz zum Vorredner habe ich eine Reihe von Bedenken. Zunächst möchten wir der Regierung nicht eine generelle Ermächtigung zur Zusammenlegung von Rentenbankdirektionen geben; das muß von Fall zu Fall geregelt werden. Weiter erscheint es bedenklich, etwa 16 deutsche Familien aus Preußen fortzunehmen. Deshalb bitten wir, die Vorlage an eine Kommission zu überweisen.

Abg. Wolff-Billa (Rp.)

Wir teilen die Bedenken des Vorredners und schließen uns dem Antrag zur Kommissionsberatung an.

Ein Regierungskommissionar

wendet sich gegen das Bedenken, daß etwa die Tätigkeit der Rentenbank in Preußen einen solchen Umfang annehmen könnte, daß sie nicht mehr die Geschäftsfähigkeit für Posen mit erledigen könnte. Die Frage, ob eine generelle Ermächtigung an die Regierung zu geben ist, oder eine Regelung von Fall zu Fall vorzuziehen sei, muß in der Kommission geprüft werden.
Die Vorlage geht an die Agrarkommission.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über die weitere Befähigung von Militärkassen beim Oberverwaltungsgericht.

Abg. Just (Natl.)

Wir beantragen, die Wehrvorlage an eine Kommission, und zwar an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern, zu überweisen. Wir haben gegen eine weitgehende Verwendung von Militärkassen bei höchstnützlichen Geschäften, lebhaftes Bedenken und wollen alles vermeiden, was die Tätigkeit des Oberverwaltungsgerichts beeinträchtigen könnte.

Abg. Gamp-Blath (Freik.)

Die Befähigung des Oberverwaltungsgerichts ist eine Folge des Wehrrechts, das es zu übernehmen hat. Das ist eine notwendige Befähigung des Gesetzes. Man sollte vielleicht den Kreis der Tätigkeit an Oberverwaltungsgerichten zu Verwenden dadurch erweitern, daß man alle, die das zweite Verwaltungsvergessen gemacht haben, zuläßt.

Abg. Lippmann-Stettin (Rp.)

Am 1911 die Befähigung von Militärkassen beim Oberverwaltungsgericht eingeführt wurde, sagte Abg. Gamp-Blath, daß 1914 die Befähigung des Zustandes befragt werden würde, dies ist eingefroren. 1917 werden wir diesen Zustand wieder befragen müssen. Die jetzige Befähigung wird mit der Wehrarbeit durch das Verwaltungsvergessen begründet; 1917 tritt das Wehrrechtgesetz von 1911 in Kraft, wodurch dem Oberverwaltungsgericht wieder neue Arbeit erwachsen wird. Durch die dauernde Befähigung von Militärkassen wird das Nutzen des Oberverwaltungsgerichts nicht gefördert. Die Befähigung dieses Gerichts ist notwendig, da sollte man eine Reorganisation schaffen. An geeigneten Stellen kann es nicht fehlen; man wird sie im Anwaltslande und bei den Kommunalbeamten finden.

Abg. v. Felsberg (Konf.)

Auch wir halten die dauernde Befähigung von Militärkassen beim Oberverwaltungsgericht nicht für erwünscht, hoffen aber, daß unter normalen Umständen die Zahl der Oberverwaltungsgerichtsrate genügt.

Abg. Zinz (Zentr.)

ist mit der Kommissionsberatung einverstanden.
Die Vorlage geht an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern.
Darauf setzt das Haus die zweite Beratung

des Kultusgesetzes

Abg. Wulfschlag (Zentr.)

bejährt sich darüber, daß an dem größten Teil katholischen Gymnasien evangelische Geistliche im Abiturienten-Examen mitgeprüft hätten. Es ist ein müßiges doch vermeiden werden, um die Kandidaten nicht zu beunruhigen.

Abg. Dr. Schmieding (Zentr.)

wünscht die bessere Unterhaltung der zum Geschieden Gymnasium gehörenden Schulstufen in Gosfeld.

Abg. Reinhard (Zentr.)

bejährt, daß der Minister angearbeitet habe, daß an dem Realgymnasium in Esenbrück die Parallellassen befristet werden sollten. Bei dem großen Antrage müßten die Parallellassen befristet werden.

Ein Regierungskommissionar

Dies Haus hat selbst wiederholt gefordert, daß Parallellassen nur ein Vorbehalt sein sollten. Im Esenbrück können die befristeten Parallellassen nicht aufrechterhalten werden. Wenn der Minister sich herausstellen sollte, wird ein neues Gelände bebaut werden müssen.

Abg. Hatzmann (Natl.)

Ich kann die Bitte des Kollegen Reinhard nur unterstützen. Der Staat sollte daher mit der Stadt Esenbrück in Verbindung treten bezüglich Gründung einer neuen Anstalt. Was die Einrichtung ist, müssen aber die Parallellassen befristet werden.

Abg. Dr. Krüger-Marienburg (Konf.)

bittet um einen größeren Staatszuschuß für die höheren Lehranstalten in Westpreußen.

Abg. Dr. Arning (Natl.)

begründet hieran einen Antrag, der aus dem Kaufverbalten, Preisen und anderen Verhältnissen unterliegt und in dem kommenden Etat für die Kolonialschule in Wittenberg auf einen vorläufigen jährlichen Staatsbeitrag von 10.000 Mark fordert. Die Kolonialschule in Wittenberg ist eine höhere Lehranstalt, an der eine Anzahl von akademisch gebildeten Lehrern und Universitätsprofessoren unterrichtet. Die Schule ist von großer Bedeutung für unsere Kolonien und für die Landwirtschaft. Sie ist eine gemeinnützige Anstalt, von einer G. m. b. H. unterhalten wird. Gleiches das Reich einen Zuschuß für den Schüler gewährt, helfen die Mittel zur Weiterbildung, die nötig sind, um den jungen Leuten, die ins Ausland gehen, eine wirksame praktische und wissenschaftliche Ausbildung geben zu können. Die die Schule in Wittenberg liegt und 3/4 der Schüler Preußen sind. Die Schule hat einen jährlichen Staatsbeitrag von 10.000 Mark. Das Reich gewährt 8000 Mark. Ich bitte unteren Antrag der Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Zinz (Ztr.)

begründet einen Antrag, der für die Anstalt in Engelshof den Staatszuschuß von 8000 Mark und Sanctorien für die Kolonien einen Staatsbeitrag von 8000 Mark verlangt.

Abg. Hoff (Rp.)

bittet den Minister, die schon im Vorjahre hier gedauerten Wünsche der Stadt Zehoe zu erfüllen.

Die Anfrage Dr. Arning und Zinz werden hierauf an die Budgetkommission überwiesen.

Abg. Richter (Rp.)

verlangt größere Mittel für die in dem Etat dargelegenen naturwissenschaftlichen Fortbildungskurse für Lehrer höherer Lehranstalten.

Die Beförderung verlangt sich nunmehr den Teil zu, die Staatszuschüsse für die höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend enthalten.

Siehe liegt ein Antrag von Konfession vor, der ein Gesetz zur Regelung des Privatgymnasiums verlangt.

Abg. v. Kessel (Konf.)

wendet sich gegen die geplante Verlegung der Berliner Elisabethenschule nach Tempelhof. Gerade bei Wäldchen ist ein weiches Schulgelände vorhanden. Wir bezweifeln den Erfolg vom 11. Oktober a. N., weil wir den vierten Weg, das Oberbergum für die beste Verlegung der Wäldchen für das Studium halten. Erfreulich ist die günstige Entwidlung der Frauenschule, deren Einrichtung für uns eine conditio sine qua non bei der Reorganisation des höheren Mädchenschulwesens war. Gegen eine gesetzliche Regelung des Privatgymnasiums haben wir große Bedenken.

Abg. Dr. Kaufmann (Zentr.)

über den vierten Weg herrscht vielfach noch große Unkenntnis. In einer Denkschrift der Göttinger philosophischen Fakultät wird der dritte Weg sehr eingehend angegriffen. Eine solche

Wird erst berührt, denn erst 1917 werden die ersten Schülerinnen nach Abschreibung des Abgangs und des Oberbiums die Unversität besuchen können. Alle Bedenken der Denkschrift gegen das Oberbium treffen ebenso die Studienanstalten. Die Beschlüsse für die Unversität sind für eine geeignete Grundlage. Die Beschlüsse sind auch von anderen Seiten erhoben. Gerade die Oberbiume geben unseren Mädchen oder eine gute wissenschaftliche Ausbildung. Bei den Entscheidungen, die von den Privatmädchenschulen gemacht werden, muss man sich vor Augen setzen, dass eine ganz Anzahl von ihnen das Lebensziel sprechen würde. Bei den Beschlüssen darf man nicht auf weitgehende Anforderungen stellen.

Hr. Dr. Strömg

Der sogenannte „vierte Weg“, darin stimmen wir mit dem Redner überein, bringt eigentlich gar nichts Neues. Auch wir stimmen dem Entsch. des Ministers vom 11. Oktober vorigen Jahres zu. Die Agitation gegen ihn ist fast nur von Damen ausgegangen und hat natürlich eine scharfe Gegenagitation hervorgerufen. Nachdem alle Parteien im vorigen Jahre den Minister auf den jetzt beschrittenen Weg gedrängt haben, können wir ihm nicht zumuten, den Schritt wieder rückgängig zu machen. Immerhin wollen wir die Petition der Regierung zur Berücksichtigung überweisen und wie Unversitätsprofessoren haben den vierten Weg zum Gegenstand ihrer Arbeit gemacht. Die Unversität hat keine Hochschulstellen mehr; sie sind wissenschaftliche Anstalten geworden. Aber sie sind neueren Oberbiumen nicht gleich, die an Stelle der alten Sprachen eine erweiterte mathematisch-naturwissenschaftliche Bildung bieten. Es ist fraglich, ob die wissenschaftliche Bildung der Frauen dieser Erweiterung ausreicht, um gegen den Übergang der jungen Damen auf den vierten Weg Unversität geltend gemacht werden kann, es also entpflogen werden.

Die gleichen Bedenken sind früher von den Unversitäten gegen die Abiturienten der Oberbiumen vorgebracht worden; ihnen ist man bei den Oberbiumen von vornherein entgegengetreten. Die Oberbiumen wollen nicht aufhören zur Unversität hinüber zu gehen, sondern nur diejenigen, die besondere Anlage dazu haben. Sie können die Nachprüfung erst ein Jahr nach Verlassen des Oberbiums ablegen; dadurch soll verhindert werden, dass sie sich um Gaben ihrer Gesundheit überarbeiten. Auch wird manche junge Dame es sich nun doch überlegen, ob sie früher nicht, während sie sonst ohne Nachprüfung ablegen, doch diejenige gewählt wäre. Ich bin kein Gegner des Frauenstudiums, aber ein lebhaftes für Frauenstudium ist nicht von Nutzen. (Sehr richtig!) Das Frauenstudium darf nicht Mode werden. Wer wir die Oberbiumen nicht in ihren Bestrebungen unterstützen wollen, sondern es ist verlangt worden, das die Unversität der Zukunft der Mädchen zur Unversität wesentlich größer sein. Den bestehenden Studienanstalten wollen wir das Leben dadurch nicht erschweren; sie haben eine günstige Entwicklung genommen, ihre Zahl ist in den letzten drei Jahren von 93 auf 43 gestiegen, während die Oberbiumen von 127 auf 119 zurückgegangen sind. Das ist bereit, auch weiter für die privaten Mädchen Schulen nach Strafen zu sorgen.

Wir müssen allerdings an die gleichen Bedenken denken, wenn wir die öffentlichen Schulen, oder keine höheren Anforderungen. Die Bestimmungen werden nicht brüsk zurückgegeben, sondern die privaten Schulen sollen allmählich in den gleichen Verhältnisse übergeführt werden. Abschließend ist den Privatbiumen aus dem Grunde ein Gehör nicht zu gewähren, weil die Kommunen einen solchen Gehör nicht hatten; in der Regel geschieht dies allerdings nicht. Den Wünschen der Privatbiumen ist die Einrichtung von besserer Bedingungen im Hinblick auf Unterrichtsverhältnis und dem Zweck, die Unterrichtsverhältnisse über die künftigen Grundzüge bei der Unversitätsreform. Diese muß man bei der Beurteilung der einzelnen Fragen in erster Linie berücksichtigen und nicht immer zu Bedenken mit den Frauenstudium übergehen. Die Unversität überwiegt eine Veränderung der bisherigen Bestimmungen notwendig ist, so bin ich der Letzte, der sich dagegen wehrt, hier Maßstäbe zu stellen. (Beifall.)

Hr. Biedel (Greifswald)

Die Unversitätsreform, die der Minister in so weislicher Weise durchgeführt hat, hat unsere volle Billigung gefunden. Wir wollen auch die Frauen und Oberbiume, gegen die eine Bewegung eingeleitet hat, beifällig, weil wir meinen, daß diese Anstalten der weiblichen Eigenart am besten entsprechen. Wir wollen keineswegs auch die Frauen Schulen, Studienanstalten einrichten. Die Frauen unter Unversitäten darf nicht herabgedrückt werden, und deshalb muß man auch von den jungen Mädchen, die studieren wollen, eine ausreichende Vorbereitung verlangen. Den schafflichen höheren Mädchen Schulen muß man Wohlwollen entgegenbringen; wir hoffen es nicht für angebracht, sie alle in einem ungewissen Zustand zu lassen. Wir freuen uns sehr, daß die Unversitäten Schulen sich Wohlwollen ebenso gezeigt hat, wie den Privatbiumen.

Hr. Müllerberg (Op.)

Die Reform des höheren Mädchen Schulwesens hat von allen große Opfer gefordert, auch von den Gemeinden. Die Gemeinden haben große finanzielle Aufwände machen müssen. Der weitestgehende Erfolg hat deshalb verlangt, daß der Staat in demselben Verhältnis zu den höheren Mädchen Schulen beizutragen müßte, wie er es jetzt zu den höheren Anstalten tut. Der Staat muß unbedingt mehr Geld für die Mädchen Schulen aufwenden. Am 20. März a. Z. soll die Zahl der Mädchen Schulen auf 140000 betragen. Der Staat gibt keine Forderung dazu. Der Staat stellt immer höhere Anforderungen an das Mädchen Schulwesen, da darf er nicht alle Kosten hierfür den Gemeinden auferlegen. Er ist ihm schon sehr überlassen, sein Kontingent einzuhalten. Im Jahre 1890 bis 1913 um 150 Prozent gestiegen. Ich bin der Minister, in den nächsten Etat höhere Mittel für das weibliche Schulwesen einzuflechten.

Sie sprach sich mit einem Antrag auf Schluß der allgemeinen Besprechung über das höhere Mädchen Schulwesen angenommen, worauf das Haus die weitere Beratung auf Mittwoch, 11 Uhr vertag.

Schluß gegen 1/2 12 Uhr.

Deutsches Reich.

Berücksichtigung der Differenzen an der Handelshochschule.

Das Kollegium der Berliner Kaufmannschaft hat Dienstag mittig in einer mehr als dreistündigen Sitzung über die Vorschläge der Dozenten beraten. Das Kollegium stellte sich auf den Standpunkt, daß es sich nicht durch die Drohungen eines Streiks in Konzeptionen bestimmen lassen will, glaubt aber doch einiges Entgegenkommen zu bewiesen, auf dessen Grundlage vielleicht neue Einigungsverhandlungen eingeleitet werden könnten. Die Erklärung der Kollegen lautet:

„Das Kollegium der Kollegen der Kaufmannschaft hat heute zu den Vorschlägen der Dozenten Stellung genommen und war der Ansicht, daß die Vorschläge der Herren Dozenten in Bezug auf das Vorschlagsrecht sowie auf die lebenslängliche Anstellung eine geeignete Grundlage zu einer Verständigung bieten. Die Kollegen der Kaufmannschaft erklären sich aber ausdrücklich, solange der Streit an der Handelshochschule besteht, zu den formulierten Vorschlägen in ebenso formulierter Weise Stellung zu nehmen; dagegen sind sie bereit, nach Beendigung des Streiks mit den Herren Dozenten Verbindung zu treten, und sprechen die Hoffnung aus, daß eine Einigung zustande kommt, die den Interessen der Handelshochschule entspricht. Was Herrn Professor Jatzrow anlangt, so ist es ganz selbstverständlich, daß die Kollegen der Kaufmannschaft nicht die Absicht hatten, ihn zu verlassen.“

In Dozentenkreisen ist man von der Mitteilung der Kollegen nicht berührt. Der Streit an der Hochschule hält infolgedessen unverändert an.

Auffallend an der Erklärung der Kollegen ist, daß auf zwei wichtige Forderungen der Dozenten gar nicht von Seiten der Kollegen eingegangen worden ist, und zwar daß 1. die Vermittlung des Handelsministers angestrebt wird, und 2. daß der Grundsatz der lebenslänglichen Anstellung auch auf Herrn Professor Jatzrow Anwendung finde. Daraus ist wohl zu schließen, daß die Kollegen die Vermittlung des Ministers nicht wünschen, und daß sie ferner die Angelegenheit Professor Jatzrows von den Verhandlungen mit den Dozenten ganz abtrennen gemittelt sind.

Hinausschiebung der Besoldungsvorlage.

Wie gemeldet, sind im Abgeordnetenhaus trotz des Widerpruchs der Fortschrittler und Nationalliberalen alle Beamtenfragen durch Mehrheitsbeschluß der Rechten und des Zentrums von den Eratsberatungen ausgeschlossen worden. Diese Frage sollte bei der Besoldungsvorlage erörtert werden können. Wie es jetzt den Anschein hat, soll diese für die Beamtenfrage wichtige Frage jedoch zwischen Tür und Angel erledigt werden. Der Reichstag wird kurz vor Himmelfahrt die Vorlage verabschieden und dann erst das Abgeordnetenhaus an die Beratung der Besoldungsvorlage. Ursprünglich war der 13. Mai für die erste Lesung in Aussicht genommen.

Im dritten Male wird also jetzt die Beratung verschoben. Manche Parteien sollen diese Verschiebung nicht sehr unangenehm sein. Man hofft auf diese Weise die Sache ziemlich schnell erledigen zu können.

Enthüllung der Bestimmungen des Hapag-Lloyd-Abkommens.

Aus London wird telegraphiert: In hiesigen Schiffsfahrtskreisen hat die Nachricht von der Verständigung zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd große Ueberraschung hervorgerufen. Man wußte zwar, daß sich die Friedensverhandlungen auf dem allerbesten Wege befanden, hatte jedoch nicht erwartet, daß eine so unjüngliche Verständigung zwischen beiden Gesellschaften zustande kommen würde. Die jetzt zur Abschließung eines Vertrages geführt hat. Auch in der Presse macht sich einige Befürchtung über den Ausgang der Verhandlungen bemerkbar. Verschiedene

Blätter geben ganz offen zu, daß dieses Zusammengehen der beiden mächtigsten deutschen Schiffsfahrtsgeellschaften der schwerste Schlag ist, der jemals gegen die englischen Gesellschaften geführt worden ist. Voraussetzlich wird in den nächsten Tagen eine Generalkonferenz der Vertreter sämtlicher englischer Schiffsfahrtsgeellschaften in Portsmouth stattfinden, um die Stellungnahme Englands zu dem neu-geschlossenen Sachlage zu erörtern.

Durchprüfung des Etats vor Wingen. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Berlin: Wie verlautet, haben sich die Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses dahin schlüssig gemacht, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß der Etat von beiden Häusern des Landtags noch vor Wingen verabschiedet wird. Zu diesem Zwecke hat sich die Finanzkommission des Herrenhauses bereit erklärt, ihre Arbeiten schon vor Beendigung der Beratungen des Abgeordnetenhauses zu beginnen.

Beschlimmung im Besinden Dr. Semlers. Wie ein Drahtbericht aus Hamburg meldet, hat sich der Gesundheitszustand des Reichstagsabgeordneten Dr. Semler, der schon seit längerer Zeit krank ist, derartig vermindert, daß das Schicksal zu befürchten ist.

Ein Vorstandsitzung des Thüringer Landesverbandes des Hausbauwesens. Die Montag in Erfurt stattfand, beschloß, den Reichstag zu erlösen, gelegentlich der Einführung des Buchmachersgesetzes auf die Aufhebung des Schenkstempels und der Fahrkartensteuer und auf die Wiedereinführung des billigen Ortspreises hinzuwirken. Es wurde beschlossen, Ende Juni einen Thüringer Hansatag in Greiz abzuhalten.

Die Stadt Essen bringt einem Privat-Telegramm zufolge einen Wehrbeitrag von 13 Millionen Mark bei 1200 Millionen Mark betragspflichtigem Vermögen auf.

Ausland.

Cherhebung Ezkönig Manuels.

Ein Florentiner Blatt bringt eine sensationelle, aber bisher unbekanntes Meldung über die Ehe des Ezkönigs Manuel von Portugal:

Nam, 5. Mai. Einem florentiner Florentiner Blatte wird aus dem Vatikan gemeldet, die Gemahlin des Ezkönigs Manuel von Portugal habe bei dem Vatikan wegen Unerfüllbarkeit der Ehe auf Lösung des Ehebandes eingeklagt. Das päpstliche Tribunal Sara Kota verweigert jede Auskunft. Wie man sich erinnert, war die jetzt 24jährige Königin Auguste Viktoria kurz nach ihrer am 4. September 1913 erfolgten Vermählung schwer erkrankt. Sie befand sich mehrere Wochen in München in der Behandlung des Professors von Romberg, angeblich litt sie an einer Entzündung der Beckenorgane. Nachdem sie am 21. Oktober die Klinik verlassen hatte, ist die Königin nach kurzem Aufenthalt bei ihren Eltern in Sigmaringen mit ihrem Gatten nach Richmond in England gereist.

Selbstverständlich muß die Verantwortung für die Richtigkeit der oben wiedergegebenen Meldung dem Florentiner Blatte überlassen werden.

Anliegen gegen den Bizepräsidenten der Reichsduma. Dem „Reichs“ zufolge wird der Bizepräsident der Reichsduma Tenomalow wegen Untätigkeit im Amte zur gerichtlichen Verantwortung gezogen und zwar deshalb, weil er dem sozialistischen Abgeordneten Tischebe nicht das Wort entgeg, als dieser die republikanische Regierungsform als die beste erklärte.

Aufstand in Portugiesisch-Kongo. Beamte, die aus der belgischen Kongolonie zurückgekehrt sind, bekümmen, daß in der portugiesischen Kongolonie ein ernstlicher Aufstand der Stämme von San Salvador ausgebrochen ist. Als die Belga-

gieren den Kongofluß hinunterfahren, bemerkten sie viele zerstörte Dörfer. Fünf Europäer sollen bei den Kämpfen getötet worden sein. Einige Flüchtlinge aus der portugiesischen Kolonie sprechen sogar von 50 Toten.

Die „Provisionen“ des Admirals Fujii. Die Vorunternehmung des Admirals Fujii in Tokio hat ergeben, daß Konteradmiral Fujii Besetzungsgelder erhalten hat, und zwar 300 400 Yen von Vidars wegen der Panzerkreuzer „Kongo“ und „Hiei“, 34 071 von Yarrow wegen zweier Torpedobootzerstörer, 7255 von der Welt-Compagny für die Vergebung von Pumpenanlagen, 26 057 von der Arrow-Compagny für einen Auftrag auf Turmmaterial, 656 Yen von Siemens Brothers für einen Auftrag auf elektrische Anlagen.

Halle und Umgebung.

Seite 6. Mai.

60 Bewerbungen

sind einschließlich der neuen Zugänge von gestern für den Posten des Direktors unseres Stadttheaters, das zur übernächsten Saison pachtfrei wird, eingegangen. Da ist also eine reiche Auswahl vorhanden!

30 Jahre Deutscher Techniker-Verband.

Ueber das Thema:

„Sitzt den Auf der 30 000“

sprach Herr Ingenieur Luffig im Hotel „Rotes Roß“ mit einer gut besuchten Techniker-Versammlung.

Einleitend stellte der Redner fest, daß die Entwicklung des Deutschen Techniker-Verbandes, der eine 30jährige Organisationsstätigkeit hinter sich hat und etwa 1000 Mitglieder jedes Jahr gewonnen hat, mit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Deutschen Reiches aus engster Verknüpfung ist. Begründet zu einer Zeit, wo der soziale Gehalt in Deutschland erwarde, hat der Verband seine Hauptaufgabe in der beruflichen Fortbildung seiner Mitglieder und der kollektiven Befähigung in der Organisation von Einrichtungen in der Selbsthilfe. Es entstand die Krankenkasse für Architekten, Ingenieure und Techniker Deutschlands, die Fachzeitschrift „Deutsche Techniker-Zeitung“, ein kostenloser Stellennachweis, die Unterhaltungsstoffe, Sterbefälle, sowie eine Pensions- und Alterskasse. 1885 trat der Verband mit einer Petition an den Bundesrat heran, um eine gesetzliche Kündigungspflicht für die Techniker zu erreichen. Nach Ansicht der damaligen Gerichte konnte der Techniker jeden Tag entlassen werden, falls keine besondere Kündigung vereinbart war. 1891 wurde dann nach mehrmaliger Wiederholung der Petition eine 6 wöchentliche Kündigung als gesetzlich festgelegt. Durch eine große Reihe von weiteren Petitionen an Staats- und Kommunalbehörden hat der Verband eine bessere Würdigung und eine angemessene Bezahlung der Techniker erzielt. Da der Techniker damals noch in großem Maße die Möglichkeit besaß, selbständig zu werden, war es direkt notwendig, daß der Verband auf partikulärer Grundlage aufgebaut war. Heute jedoch, wo nur ein kleiner Teil der Techniker an die Selbstständigkeit denken kann, wo in großen Firmen der Angestellte kaum seinen Wert kennt, liegt es in der Natur der Sache, daß eine wahre Angestelltenvertretung nur auf gewerkschaftlicher Basis bestehen kann. Aus diesem Grunde ließ der Verband 1910 das Paritätensystem fallen, damit er die Interessen der Angestellten mit größerer Entschiedenheit vertreten kann. Allerdings geht hierzu auch die Masse der Kollegen. Leider stehen in Deutschland noch ca. 70 000 Techniker unorganisiert da, die zwar die Früchte der Organisationsarbeit genießen, selbst aber für eine Verbesserung ihres Standes nichts tun. In Österreich haben beispielsweise die Angestellten gesetzlichen Anspruch auf Sommerurlaub; die Konturrenztafel darf bei einem Mindeergehalt von 4000 Kronen nur ein Jahr betragen. Bei uns kommt es oft genug vor, daß bei einem Gehalt von 1500 Mark eine dreizehnjährige Konturrenztafel verlangt wird. Erst

In hängiger Zeit haben uns die Ärzte ein Beispiel gegeben, was man durch fröhliche Organisation erreichen kann. Gerade der Techniker hat noch vieles nachzuholen, was die Handlungsgesellen dank ihrer härteren Organisationen schon erreicht haben. Es seien nur das Handlungsgesellen und das Kaufmannsgesicht erwähnt. Auch jetzt bei der Beratung der Konkurrenztafel im Reichstage ist der Techniker unbedacht gelassen, wie überhaupt seit 1891 dieser Stand in Gelegen und unbedacht gelassen ist.

Der Seubung der wirtschaftlichen Lage der Techniker dienen vor allen Dingen die sozialen Einrichtungen des Deutschen Techniker-Verbandes. 1452 Stellen wurden im Jahre 1913 durch die Stellenermittlung besetzt, während ein Stellenlosen-Unterstützung im selben Jahre 57 000 Mark gezahlt wurden. Durch den Reichstag konnten 140 000 Mk. Gehälter den Kollegen zugeführt werden, die ohne den Verband verloren gewesen wären. Die Staatsbehörden sind an dieser Summe mit 66 000 Mk. und die Kommunalbehörden mit 38 000 Mk. beteiligt, ein Beweis dafür, daß auch der Beamte eine Berufsorganisation nötig hat. Im Erholungsheim des Deutschen Techniker-Verbandes in Sondershausen verbringen jedes Jahr Hunderte von Kollegen mit ihren Familien ihren Sommerurlaub für billiges Geld.

Mit dem einträglichen Vortrag an alle mitorganisierten Kollegen, sich dem Deutschen Techniker-Verband als der gegebenen Standortorganisation für alle Techniker im Bauwesen, in der Industrie, sowie bei den Staats- und Kommunalbehörden anzuschließen, schloß der Redner seine Ausführungen. Er sei noch kurz erwähnt, daß an diesem Abend 21 Neuanmeldungen für die hiesige Zweigverwaltung vorlagen.

50jähriges Jubiläum. Herr Karl Manz, Administrator der Buchhandlung des Waisenhauses und Inspektor der v. Canteinischen Waisenanstalt in Halle, konnte am 3. Mai auf eine fünfzigjährige Zugehörigkeit zum Buchhandel zurückblicken. 1869 verließ der junge Buchhändler Bonn und fand nachher in verschiedenen angehenden Säulern Stellung. Von längerer Dauer war sein Aufenthalt in der Weidmannschen Buchhandlung in Berlin, in der er 12 Jahre den ersten Posten bekleidete. Er folgte im Jahre 1901 dem ehrenvollen Rufe, die Leitung der Buchhandlung des Waisenhauses zu übernehmen. In dreißigjähriger verdienstvoller Tätigkeit hat er die alte angesehene Firma zu neuem Aufschwung geführt und besonders den Schulbücherverlag mit großem Erfolg weiter ausgebaut. Auch an hoher Stelle fanden seine Verdienste um das staatliche Institut Anerkennung und wurden durch Verleihung des Kronenordens und des Ritterkreuzes des Ernsts. Hausordens belohnt.

Die Aufsicht über den Allgemeinen Kirchenrat. Die evangelischen Kirchenbehörden veröffentlichten eine königliche Verordnung, die erlassen ist, nachdem der General-Synodalvorstand zugestimmt und die Dringlichkeit anerkannt hat. Nach der Verordnung soll im Allgemeinen Kirchenrat auch der Aufsicht über die Kirchenratsarbeit. Die Stelle wird jetzt lauten: „Belichte das königliche Kriegesober und die gesamte deutsche Kriegsmacht zu Lande und zu Wasser, insbesondere die Schiffe und die Luftfahrzeuge, die auf der Fahrt sind.“

Der Kunstverein eröffnete am Donnerstag, den 7. Mai, vormittags 11 Uhr in den Ausstellungsräumen über der Volkshalle, Salzgartenstr. 2 II, eine Ausstellung von Gemälden und Graphik von Professor Christian Rohlf'sagen, die täglich von 11-5 Uhr geöffnet ist. Daran anschließend wird am Sonntag, den 10. Mai, mittags 12 Uhr Herr Wilhelm Direktor Dr. Bauerland in den Ausstellungsräumen einen Vortrag über Professor Rohlf's halten.

W. R. B. Jugendbildungs-Abt. „Erasmus“ am Donnerstag, den 7. Mai, 8 Uhr abends, Abteilungsabend. Beginn über den Ausflug nach Leipzig. Am Sonntag, den 10. Mai, früh 4 1/2 Uhr, an der Brückenseite (Zeilstraße) antreten zum Ausflug nach Leipzig. Zu beiden Veranstaltungen ist abtreibendes und reichliches Erfrischen erforderlich.

Im Verdacht des Diebstahls. Zu dem gestern gemeldeten Vorfall berichten wir, daß die polizeiliche Untersuchung die Ansicht des Arbeiterpaars bestätigte. Die Schenken sind ersichtlich erworben.

Provincial-Nachrichten.

g. Großener, 5. Mai. (Sommerverunglückt) ist gestern im Schachte der Bergmann Albert Sönderhoff.

Roß, 4. Mai. (Der diesjährige Thüringer Katholikentag) soll zu Pfingsten in Roß abgehalten werden.

Mülsen a. S., 4. Mai. (Der Städteverband der kleineren Städte) der Provinz Sachsen und der Besatzungs-Anhalt hält seinen diesjährigen Städtetag am 5. und 6. Juni in Mülsen ab. An Vorträgen stehen auf der Tagesordnung: 1. Die Verlebung der kleinen Städte durch Schulden gegenüber den größeren Städten und Verhinderung einer prozentualen gleichmäßigen Belastung; 2. Anlage und Wert einer guten Wasserleitung für die kleineren Städte; 3. Berichterstatter ist ein Oberingenieur Beckmann. 3. Der Erwerb der mittleren und kleinen Städte; den Vortrag hat Bürgermeister Wegner-Derenburg übernommen, der ihn des besten Bekanntheits wegen durch Lichtbilder illustrieren wird. Zum Schluß finden Wahlen statt.

Calbe a. S., 5. Mai. (Bei der Pflege eines Kranken) im hiesigen Krankenhaus erhielt die erst 20jährige, seit 1. Oktober d. J. hier angelegte Schwester Johanna Meyer seitlichen Schicksal, der nach kurzer Zeit die Schwester dahinschied.

Naumb., 4. Mai. (Für die Bahnhofsverwaltung in Bfz) haben 56 Bewerber 400 bis 3000 Mark Pacht geboten. Der Zuschlag ist noch nicht erfolgt.

u. Teuchern, 5. Mai. (Rittergezeirnammlung.) Am Sonntag hielt hier der Saale-Infanterie-Eilber-Bezirk des Preussischen Landstrijerverbandes seine fünfzigjährige Versammlung ab, zu der vom Bezirksvorstande 16 Mitglieder und von den 175 Vereinen des Bezirks 162 Vertreter aus 144 Vereinen teilnahmen. An einer besonderen Tafel hatten etwa 200 Vereinen von 1864 Platz genommen. Den Vorsitz führte Amtsgerichtsrat Zwirzmann-Frensburg. Nach Begrüßung leitete der Stadt durch Hofessor Freylich und den zweiten Bezirksvorstandes Justizrats Günther-Weißensfeld erfolgte die Rechnungslegung, die Einnahmen von 6300,04 Mark, Ausgaben von 5370,82 Mk. und einen Kassenbestand von 448,55 Mk. ergab. Vorher hatten die Veteranen von 1864 unter entsprechender Ansprache des Ehrenvorsitzenden der mit Würdigung versehenes Kassenführer als Gedenkblatt die Wiederwahl des hiesigen Vorstandes. Die Herbstversammlung findet im September in Bethau statt.

St. Blasii (Wittenberg), 5. Mai. (Erzturnen.) Der Bürgermeister Großhoff aus Kleinmittenberg besand sich

mit seinem Handfahn, in dem sich außer ihm selbst der 14jährige Lehrling Künzler, Sohn einer Witwe aus Kleinmittenberg, in der Nähe des Dries. Er wollte ihr keinen Raub an einen Stromaufwärts fahrenden Dampfer anhängen, um seinen Raub mitzuführen zu lassen. Hierbei wurde der Handfahn von den Wellen des Dampfers umgeworfen. Während sich Großhoff selbst in einen Raub des Dampfers retten konnte, gelang es nicht, den Raub dem wässern Element zu entziehen und er mußte, obgleich er noch eine jämliche Strecke schwamm, vor den Augen der vielen Zuschauer, die am Ufer standen, ertrinken. Bis jetzt konnte die Leiche trotz allen Suchens noch nicht geborgen werden.

5. Heiligt, 5. Mai. (Verlesung.) Herr Lehrer Hildebrandt ist zum ersten Lehrer in Salzmünde gewählt worden, wohin er voraussichtlich schon am 1. Juli überfiebern wird.

k. Wolferode, 5. Mai. (Im Bergwerk verunglückt.) Zu unserer gestrigen Meldung wird uns heute geschrieben, daß der Säuer Otto Thiel im Krankenhaus seine Verletzungen erliegen ist. Er hinterläßt eine Witwe mit drei unmündigen Kindern.

Ustiebt, 5. Mai. (Ein schwerer Unglücksfall) ereignete sich im benachbarten Landgrastofa. Als dort der Schichtführer Stein mit Brunnendohren beschäftigt war, wurde ihm ein Bein von einer zuridprallenden Eisenstange zerquetscht. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus nach Naumburg eingeliefert.

Erfurt, 4. Mai. (Zwangsetatifizierung.) Als bei der hiesigen Etatsberatung im März d. J. die Etatskommission aus dem Haushaltsplan jedes neue Polizeijergentenstellen gestrichelt hatte, machte der Regierungspräsident den Magistrat darauf aufmerksam, daß er auf der Einrichtung dieser Polizeibeamtentellen bestehen werde. Nachdem nun die Stadtoverordnetenversammlung ebenfalls die für diese Stellen ausgelegten Mittel abgelehnt hatte, hat der Regierungspräsident nunmehr als Oberaufsichtsbehörde über die Stadtoverordneten die Zwangsetatifizierung der sechs Polizeijergentenstellen verfügt.

Eisenach, 4. Mai. (Von der Verbände der deutschen Burgenhäusern.) der alljährlich zu Pfingsten in Eisenach tagt, ist dem Bunde der Deutschen in Wehmen eine ansehnliche Unterstützung gewährt worden.

Greis, 4. Mai. (3 Mädchen der preussischen und der französischen Weatigung) ist nach der Vereinbarung abgeschlossen worden: Die Verlesungen und Schlußbeurteilung der hiesigen höheren Mädchen in Greis sind als gleichberechtigt mit den entsprechenden Verlesungen und den Schlußbeurteilungen solcher Tugenden in Preußen anzusehen, in denen die Klassen der Oberstufe in getrennten Jahreskursen unterrichtet werden. Demgegenüber gelten die bestehenden Beschlüsse der Tugenden in Preußen als gleichwertig im Reichraum ab. Diese Vereinbarung hat rückwirkende Kraft auf die ab dem 1. April 1914 ausgefertigten Zeugnisse.

Vermischtes.

Der Dummzoo-Baum 1 Million. Wenigen Ansehermäßen wurde in diesen Tagen in London das Wunderbauplatz „Cobria“ vorgeführt, das Gabriele d'Annunzio ausbrüchlich für das Schauspieltheater geschrieben hat. Die Aufnahme und Inszenierung war eine Unannehmlichkeit, da ausgedehnte Reisen mit einem großen Personal erforderlich waren. Alles in allem sollen sich diese Reisen als ein großer Erfolg erweisen. Die Handlung spielt in alten Rom zur Zeit seiner höchsten Macht, und beginnt mit einem Ausbruch des Aetna und der Zerstörung einer blühenden Stadt. Das Bild gibt zur Entfaltung wunderbarer bewegter Majestätischen Veranlassungen, und um ihm den Zug unbedeutender Lebenswirklichkeit zu wahren, haben die Darsteller der hiesigen Bühne die hohen Tugenden der Gestalten, die die Handlung durchmachen müssen. Das Stück begleitet eine Musik, die vom Orchester und einem großen Chor ausgeführt wird, und die eigens für den Dummzoo-Baum komponiert wurde. Sie wird die Handlung überall, wo der Film zur Vorführung gelangt, begleiten.

Selen Keller hört menschliche Stimme. Die „New York Times“ bringt die folgende bemerkenswerte Meldung aus Los Angeles in Kalifornien, die auch hier uns, wo die taubblinde Selen Keller durch ihre „Lebensgeschichte“, „Meine Welt“, „Optimismus“ und andere Schriften belohnt bekannt wurde, auf allgemeines Interesse rechnen kann. Das Reporter Blatt berichtet: „Zum erstenmal, soweit ihr Gedächtnis zurückreicht, erfuhr die taubblinde Selen Keller gestern zu ihrer größten Freude das Wunder des Hörens. Es waren die hohen Tugenden der Mutter, gelangen von Frau S. Stevens von der Großen Dune in Chicago. Die Selen Keller ist eine lange schlaefende Gehörnerne erwehten. Mit erhebenen Händen und wogenden Hüfen rief sie nach Beendigung des Gesanges fort und fort aus: „O, ich habe gehört, ich habe gehört! Ich könnte weinen vor Freude.“ Frau Macy (auch Sullivan), der bekanntlich Selen Keller ihre Fähigkeit zum Sprechen veranlaßt, war tief bewegt. Sie hat vor einigen Tagen die Selen Keller mit ihren Händen gefeiert gemacht worden, und während die Pfeifstimme annehmend wirklich Selen Kellers Gehirn erwehten, waren sie ihr äußerst unangenehm und doch nicht eigentümlich hörbar. Frau Macy war daher auch äußerst überglücklich, als Selen Keller plötzlich ausrief, sie könne die hohe Singstimme richtig hören. Selen Keller sagte: „Ich habe heute die Musik gehört, das ist für mich eine große Freude, die ich hören konnte. Aber als man den Versuch mit dem Pfeifen machte, war mir das so unangenehm, daß ich mir nicht mehr wünschte, hören zu können. Jetzt weiß ich aber, das Hören etwas anderes ist. Der Ton, den ich jetzt gehört habe, war so, wie ich mir dachte, das hübscheste Wort, das ich machen sollte: ein süßes Getöse. Ich bin sicher, daß ich richtig gehört habe.“

Ein Gesellschiff mit 16 Personen getunten. Wie Pariser Blätter melden, ist das den Dienst zwischen Szaz und Dierba verkehrende tungsische Gesellschiff „Sera“ getunten. 16 Personen sind dabei ertrunken.

Starke Frost in Oesterreich-Ungarn. Ein Telegramm aus Wien meldet uns: Aus verschiedenen Gegenden der Monarchie laufen Meldungen über große Schäden ein, die der in den letzten Tagen auftretende Frost insbesondere an den Weizen- und Schafkrautarten anrichtete. In Ungarn wurde außer an den Obst- und Weinplantagen auch an Frühjahrsfrüchten durch Frost enormer Schaden angerichtet.

Abdul Hamid über seine Menschenhäu. In den Erinnerungen Abdul Hamids, die vor Kurzem in französischer Sprache erschienen sind, findet sich, wie der „Frankf. Ztg.“ geschrieben wird, ein bemerkenswertes Wort des Sultans über die Menschenhäu, die man ihm so oft zum Vorwurf gemacht hat. „Man tadelt mich wegen der Zurückgehoheit in der ich lebe“, sagt Abdul Hamid, „und in der ich mich wohl befinde. Allah weiß, daß jeder Mensch nur ein Produkt der ihn umgebenden Verhältnisse ist, und daß diese Verhältnisse, vor allem in der Jugend, dem Leben des einzelnen Wege und Bestimmung vorgeben. Wer mich tadelt, verzieht die Geschichte meiner Entwicklung. Während meine Brüder und meine Schwestern geliebt und verhätselt waren, wurde ich aus Gründen, die mir bis heute unbekannt geblieben sind, von meinem Vater schlecht behandelt. Nur mein armer Bruder Murad hat mich verstanden. Meia Charakter war

von Jugend auf ernst; ich liebte die Spiele der Knaben und floß ihre Gesellschafft und beschäftigte mich statt dessen mit ernsten Gedanken über Weizen und Zweck des menschlichen Lebens. Ich war ein Träumer, und meine Erzieher schätzten mich deshalb und verlegten mich bei meinem Vater; so zog ich mich, von meiner Umgebung verkannt und mißverstanden, stets mehr in mich selbst zurück...“

Letzte Depeschen.

Wärmjensen in der russischen Duma.
Petersburg, 5. Mai.

Als in der heutigen Sitzung der Reichsduma nach dem Bericht des Berichterstatters der Budgetkommission Rijdenst der Präsident des Ministerrats Gorewinski die Tribüne betrat, lärmten und schrien die Abgeordneten der äußersten Linken: „Es ist genug, wir werden ihn nicht sprechen lassen!“ Auch mit den Fußbeden wurde geklopft. Die Wählungen des Präsidenten Rodzanto blieben fruchtlos. Der Varm hielt an. Nunmehr beantragte der Präsident Rodzanto die Anwendung des Geschäftsregimes, das ihn den Ausschluß der acht Schußligen von den Sozialdemokraten und der Arbeitsgruppe für die Dauer von fünfzehn Sitzungen. Jeder der betroffenen Abgeordneten gab von der Tribüne Erklärungen ab, wobei den Abgeordneten Stobelew und Tschefelski das Wort entzogen wurde. Tschefelski blieb noch einige Zeit auf der Tribüne und erklärte dann von seinem Platz aus, er werde den Saal nicht verlassen. Der Präsident ordnet darauf an, ihn zu entfernen. Als der Abgeordnete der Unterstützung des Ordnungsbeamten keine Folge leistete, erklärte der Präsident, er unterbreite aus Achtung vor der Würde der Duma die Sitzung, und bat Tschefelski, den Saal zu verlassen. Alle Abgeordneten verließen den Saal, nur der Abgeordnete Tschefelski blieb darin zurück. Nach Wiederbeginn der Sitzung weigerte sich der Sozialist Tschefelski wieder, den Saal zu verlassen, worauf der Präsident den Quästor der Duma holen ließ. Bei dessen Erscheinen verließ Tschefelski den Saal. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden noch weitere 16 Abgeordnete von 15 Sitzungen ausgeschlossen; zwei von ihnen mußten durch Soldaten weggeführt werden. Die Vorgänge waren jedesmal von lauten Wärmjensen begleitet. Endlich trat Ruze ein und der Präsident konnte zu Wort kommen.

Mexikanische Minen an der Bahnlinie Veracruz-Mexiko, Washington, 5. Mai.

Das Kriegsdepartement in Veracruz meldet: Die mexikanischen Bundesstaaten haben an der Bahnlinie Veracruz-Mexiko Minen gelegt, um eine Zerstörung der Linie vorzubereiten für den Fall, daß die Amerikaner versuchen werden, den March auf Mexiko zu unternehmen.

Bevorstehender Angriff auf Mexiko.
Veracruz, 5. Mai.

In einem Aufruf, der von Zapata am 1. Mai unterzeichnet und geteilt veröffentlicht worden ist, wird bekanntgegeben, daß die Insurgenten des Südens heute die Stadt Mexiko angreifen wollen und über Huerta und General Maniquet das Todesurteil aussprechen. Durch diesen Aufruf wird die Meldung widerlegt, daß Zapata und Huerta zusammenwirkten und Zapata auf Veracruz marschiere. General Junzon ließ heute fünfzigtausend Landstrijer anrufen hatte, daß die mexikanischen Bundesstaaten von der Hauptstadt aus Artillerie gegen Veracruz vorführen, die vermutlich für General Solida bestimmt ist.

Keine Deutsche ermordet.
Mexiko, 5. Mai.

Nach amtlichen Feststellungen sind die Gerichte über die Ermordung der Frau B e m e r y unbedünnet. Ebenso wenig trifft die Meldung zu, daß ein junger Deutscher vom Nob totgeprügelt worden sei.

Die „Pyritanga“ mit Flüchtlingen abgefahren.
Mexiko, 5. Mai.

Der Dampfer „Pyritanga“ ist am 3. Mai von Veracruz über Tampico mit Flüchtlingen an Bord nach Mobile abgegangen.

Das Schifal des vom Hochdampfer „Sendlig“ gestrichelten brennenden Dampfers.
Halslag (Neu-Schottland), 5. Mai.

Ueber das Schifal des Dampfers, den der Dampfer „Sendlig“ 300 Meilen südlich von Kap Race gestrichelt hat, sind keine weiteren Meldungen eingelaufen. Auch der Name des Schiffes ist unbekannt. Das Warntdepartement ist der Ansicht, daß die Passagiere von Schiffen, die keine drachliche Telegraphie an Bord haben, aufgenommen seien und sofort Nachricht geben werden, wenn sie einen Dampfer mit drachlicher Telegraphie antreffen.

Das Dynamitmagazin von Panama durch Explosion zerstört.
Panama, 5. Mai.

Das Dynamitmagazin der Regierung von Panama ist durch eine Explosion zerstört worden. Dabei sind acht Menschen getötet, 19 schwer verletzt worden.

Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Umenau, Dienstag, 5. Mai, 8 Uhr morgens.
Aufstandsverteilung und Wetterlage in Europa.

Das nordwestliche Tief hat seinen Wirkungsbereich bis zu den Alpen ausgebreitet, es wird die Witterung auch morgen bestimmen.

Witterungsaussicht für den 6. Mai:
Reißt bedekt, Temperatur wenig verändert, zeitweilig Regen, mäßiger westlicher Wind.

Wetterwarte zu Hamburg.
Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes. (Nachdruck verboten.)

- 6. Mai: Reiß bedekt, warm, windig, Gewitter.
- 7. Mai: Bewölkt mit Regenschauern, mäßig warm.
- 8. Mai: Bewölkt mit Sonnenschein, etwas Regen, normal.
- 9. Mai: Vorherrschende Wind, veränderlich, Neigung zu Gewittern.

